

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Dresden
Verlagsnummer: 25 241
Kurs für Adressänderung: 20 011

Bezugs-Gebühr

Vom 1. bis 15. Juni 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mark. Postbezugspreis für Monat Juni 5.40 Mark ohne Postzustellungsgebühr.

Anzeigen-Preise:

Die Anzeigen werden nach Quadrat berechnet: die einseitige 50 mm breite Zeile 35 Wp., für außerhalb 40 Wp., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Wp., außerhalb 25 Wp., die 90 mm breite Reklameweile 200 Wp., außerhalb 250 Wp., Erstseitige 50 Wp., Kustümliche Aufträge gegen Voranbezahlung.

Schreibleitung und Kompositoren

Maximilianstraße 33/42
Druck und Verlag von Leopold & Neuberger in Dresden
Postfach-Nummer 1068 Dresden

Rechtlich nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unbelegte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

THÜRMER-FLUGEL-PIANOS
Kunstplepianos
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
Meißen in Martinstr. 12 Bautzen in Seminarstr. 5

Koffer
Entferlein
Waffen-Handlung 23

KONDITOREI Limberg
Prager Straße 10
Erstklassige Gebäcke und Getränke
Große Auswahl in Zeitungen

Erste Sitzung des neuen Reichstages.

Stahlhelm-Eingriff in die Regierungsbildung. — Die Forderungen der Volkspartei an die A. G. P. D.

Unfeierliche Eröffnung. — Ruhiger Verlauf.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 13. Juni. Auf den vier Türmen des Reichstagesbauwerks wehen nach langer Zeit wieder die vier Reichsfahnen. Schon um die Mittagsstunde sammelten sich zahlreiche Zuschauer am Reichstagsplatz, die sich schließlich zu Massen in solchem Ausmaße bildeten, daß starke Polizeiaufgebote zur Aufrechterhaltung der Ordnung zugezogen werden mußten. Die Vertreter des deutschen Volkes hielten ihren Einzug. Schon ziemlich früh füllten sich die Tribünen, die bei Sitzungsbeginn brechend voll sind. In der Diplomatenloge sieht man zahlreiche Angehörige des diplomatischen Korps. Im Sitzungssaal fällt auf, daß das Rednerpult auf der Rednertribüne entfernt ist, und zwar ist dies auf Anordnung des bisherigen Reichstagspräsidenten Löbe geschah, der auf diese Weise erreichen will, wie es die Vorschrift verlangt, die Reichstagsreden nicht abgelesen werden.

Das Bild ist durchaus nicht feierlich, und wer einmal eine englische Parlamentsitzung gesehen hat, in dem muß es einen fast hilflosen Eindruck erwecken. Nur eine kleine Rinderheit, meistens alte Parlamentarier, hält es für angezeigt, der Eröffnungssitzung dadurch eine besondere Note zu verleihen, daß sie im schwarzen Rock, zum Teil unter Anlegung von Orden und Ehrenzeichen, erscheinen. Die meisten Volkstribünen sitzen aber in ihrer Werklagskleidung da, ein buntes Durcheinander, alle Farben von sommerlichen und nichtsommerlichen Anzügen. Wie gesagt, wählte man nicht, daß dies eine feierliche Eröffnung sein sollte, kein Mensch dachte auf diesen Gedanken. Während die Regierungsbänke leer bleiben, ist die Bank des Reichsrats jedoch, auf der man u. a. auch den sächsischen Gesandten Gradnauer bemerkt, voll besetzt.

Bei der Berufung der Schriftführer nimmt der Kommunist Forster, der die Hände in den Hosentaschen hat, mit sichtlichem Unbehagen seinen Platz auf der Schriftführerbank ein. Es folgte die Rede des Alterspräsidenten, ein Vorgesprochen von dem, was uns die sozialistische Regierung bringen wird. Es bleibt bei wenigen Zwischenrufen, die sich allerdings dann, wenn auch ohne besondere Schärfe, heigern, als der Namensaufruf vorstatten geht. Ein wenig anregendes Geschäft, während dessen man prominente Abgeordnete von Bank zu Bank wandern und Schafhands ausstellen sieht. Bei den Initialanträgen will es einen Augenblick scheinen, als stünde man an der Schwelle von Parallelsitzungen zu denen, die sich im preussischen Landtag abspielen haben. Aber der routinierte Reichstagspräsident Löbe, der auf den sozialdemokratischen Bänken neben seinem Genossen Hermann Müller Platz genommen hat, schiebt noch zur rechten Zeit auf dem Wege über den Direktor des Reichstags Verhandlungsmäßig in die Reihen der Alterspräsidenten. Ein Vorschlag, die Anträge auf die morgige Tagung zu legen, wird widerspruchlos hin angenommen. Es gibt also keine Sentenzen. Die erste Sitzung des Reichstags ist ruhig vorübergegangen; was die morgige bringt, ist freilich noch nicht vorauszusagen.

Der Verlauf der Reichstagsitzung.

Berlin, 13. Juni. Die erste Sitzung des neuen Reichstages begann heute um 3 Uhr. Saal und Tribünen sind dicht besetzt, als der Alterspräsident Abg. Vogt (Soz.) die Sitzung eröffnet. Er stellt fest, daß er mit 82 Jahren das älteste Mitglied sei. Vogt gedenkt zunächst, während sich die Abgeordneten von den Sitzen erheben, der

fürchtbaren Eisenbahnkatastrophe bei Siegelssdorf und spricht den Hinterbliebenen der Opfer das herzlichste Beileid des Reichstages aus. Er beruft dann zu Schriftführern die Abgeordneten Dr. Philipp (D. N.), Frau Teusch (Zent.), Forster (Komm.) und Kunkel (D. N.). Der Alterspräsident führt nun aus, daß der Reichstag

vor großen Aufgaben

stehe. Millionen erwarten von ihm die Vinderung ihrer Not, die Witwen und Waisen, die Kriegsinvaliden, die Sozialrentner und Kleinrentner. Der Reichstag kann diese Not lindern, wenn er will. (Rufe bei den Nationalsozialisten und Kommunisten: Er will aber nicht! Rufe alle Hoffnung fahren!) Die Gefahren, die dem Volke aus einer übermächtigen Kongressherrschaft drohen, gilt es zu bannen. Möge das dem Reichstage gelingen. — Schriftführer Abg. Dr. Philipp (D. N.) nimmt darauf den

Namensaufruf

vor. Beim Aufruf des Abgeordneten Dr. Reubell (D. N.) kommen von den Kommunisten, bei dem Namen Koch-Weser (Dem.) von den Nationalsozialisten höhnische Zurufe. Beim Aufruf des Abg. Kunkel (Soz.) rufen die Kommunisten: „Der Einseiler!“ Auf den kommunistischen Abgeordneten Leow wird von den Sozialdemokraten mit lauten Zurufen hingewiesen, weil er in der Uniform des Rotfront-Bundes mit roter Armbinde erschienen ist. Abg. Dr. Marx (Zent.) wird von links mit dem Ruf „Reichsbannerkamerad a. D.“ begrüßt. — Am Schluß des Namensaufrufes stellt der Alterspräsident fest, daß 462 Abgeordnete anwesend sind, das Haus also beschlußfähig ist. — Der Schriftführer verliest

die handschriftlich eingegangenen Anträge.

Ein kommunistischer Antrag verlangt die Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Rippenberger, ein anderer fordert die Amnestierung der politischen Gefangenen mit Ausnahme der Fremdenländer. Ein weiter verlesener Antrag lautet: „Der Einseiler!“ Auf den kommunistischen Abgeordneten Leow wird von den Sozialdemokraten mit lauten Zurufen hingewiesen, weil er in der Uniform des Rotfront-Bundes mit roter Armbinde erschienen ist. Abg. Dr. Marx (Zent.) wird von links mit dem Ruf „Reichsbannerkamerad a. D.“ begrüßt. — Am Schluß des Namensaufrufes stellt der Alterspräsident fest, daß 462 Abgeordnete anwesend sind, das Haus also beschlußfähig ist. — Der Schriftführer verliest

Um 4 Uhr stellt der Alterspräsident das Einverständnis des Hauses damit fest, daß die nächste Sitzung am Donnerstag 2 Uhr stattfindet und auf die Tagesordnung die Wahl des Vizepräsidenten und die heute verlesenen Anträge gesetzt werden.

Man vermutet, daß sich das Plenum des Reichstages wegen der Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung nach der morgen erfolgenden Wahl des Präsidiums so lange vertagen wird, bis die Regierung gebildet ist und ihr Programm entwickeln kann.

Müller-Franken und sein Auftrag.

Der „Energie und Umsicht Hermann Müllers wird es rasch gelingen“, eine Regierung auf die Beine zu stellen, so meint der „Vorwärts“. Ohne Zweifel ist es nur wünschenswert, wenn die begonnenen offiziellen Verhandlungen der Parteien zur Bildung eines Kabinetts so schnell wie möglich Erfolg haben, um dem Volke das wenig erfreuliche Schauspiel längeren Fraktionshaders um Ministerposten zu ersparen. Aber leider kann man das Vertrauen des Zentralorgans der SPD. in die „Fähigkeiten“ des Beauftragten nicht teilen. Denn der Genosse Müller, den die Sozialdemokraten dem Reichspräsidenten als zukünftigen Kanzlerkandidaten präsentierten, wird gewiß nur als der Beauftragte seiner Partei in Erscheinung treten. Auf Charaktere und Persönlichkeiten von der Eigenart Otto Brauns oder Karl Severings hat die Sozialdemokratie bezeichnenderweise verzichtet. Die SPD. scheint entschlossen und willens zu sein, von der Ministerbank aus reine Parteipolitik zu treiben; denn der Beschluß, Herrn Müller, diese typische Verfechter des Parteibeamtentums, mit dem Purpur des Kanzleramtes zu beehren, kann kaum anders gedeutet werden. Wegen den zweiundfünfzigjährigen Mannheimer Müller ist persönlich gewiß nichts einzuwenden. Aber seine kurze Amtszeit als „Außenminister“ im Jahre 1919 und als „Kanzler“ der Großen Koalition im Jahre 1920 haben ihm gewiß noch nicht die Fähigkeiten verliehen, die Schwierigkeiten der jetzigen Kabinettsbildung „rasch“ zu bewältigen und die Verhandlungen von einem Standpunkte aus zu führen, der über den engen Parteihorizont eines Funktionärs hinweg die verschlungenen Wege unseres neudeutschen Parlamentarismus richtig zu überblicken vermag.

Große Koalition war das Thema der ersten Tage nach der Wahl. Nur die Zentrumsblätter hielten sich klüger, alter Gewohnheit folgend, zurück. Wozu die Karten vor der Zeit aufdecken? Wer sich suchen läßt, der macht vielleicht zu guter Letzt mit dem Sieger — das Geschäft. Auch die Volkspartei wäre mit gleicher Zurückhaltung besser gefahren als mit der in ihrer Presse allzu viel abgegebenen Erklärung, daß die Partei aus dem Wahlausgang die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen werde. Erst dieses im voraus geleitete Bekenntnis zur Großen Koalition gab der Sozialdemokratie die ersehnte Möglichkeit die Weimarer Koalition in Preußen beizubehalten. Gewiß war dieses fait accompli nur ein taktischer Zug im Spiel, weil die SPD. nicht darüber im unklaren ist, daß die Volkspartei die Große Koalition im Reich nur dann mitmachen werden, wenn in Preußen ein gleiches Kabinett das Ruder führt. Doch die von Herrn Braun mit lautem demokratischem Beifall vollzogene Tatsache wird Müller-Franken bei seinen Verhandlungen mit Dr. Scholz als Trumpskarte nutzen. Er wird versuchen, für die Billigung der Erweiterung der jetzigen preussischen Regierung zur Großen Koalition Abstriche an den Bedingungen der Volkspartei zum Eintritt in sein Kabinett zu erreichen. Denn deren Hauptforderungen sind für die SPD. wahrlich kein schmachtender Bissen. Wohin der Regierungsmagen des Reiches mit der Sozialdemokratie als Motor fahren soll, das lehrt das Braunische Regime im größten deutschen Bundesstaat. Die Personalpolitik wird nach den Grundfragen des Parteinteresses betrieben. Brutale Eingriffe in die Selbstverwaltung sind an der Tagesordnung. Der Lebensraum des Mittelstandes wird dauernd weiter beschränkt, die Erfindungsaktivität der Landwirtschaft und der Industrie immer mehr untergraben und in kultureller Beziehung geradezu gegen das Christentum und eine christlich-konfessionelle Aukerziehung gekämpft. So hat sehr treffend der deutsch-nationale Abgeordnete von Winterfeldt im Preußen-Landtag die sozialdemokratische Herrschaft charakterisiert. Die Herausstellung des Parteifunktionärs Müller zum künftigen Kanzler unterstreicht unmissverständlich das Bestreben der SPD., auch im Reich mit allen Kräften die gleiche Politik wie in Preußen zu verfolgen. Die Demokraten werden den Genossen gern ihre Hilfe dabei gewähren, denn sie waren restlos begeistert von Brauns Regierungserklärung und sehen in Preußen den Hort der deutschen Republik und den Bannerträger einer Politik der Höherführung des Volkes in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht.

Um so mehr müssen sich die bürgerlichen Parteien der gewaltigen Verantwortung bewußt sein, die sie gegenüber Volk und Land tragen, wenn sie den sozialdemokratischen Regierungsmagen befeigen sollten. Ohne Zweifel hat sie nicht Hingabe und Glauben an die große Mission der Sozialdemokratie, sondern der Zwang des Wahlausganges

Militärischer Pomp für die Reichstags-sitzungen?

(Drahtmeldung unserer Sonderberichterstatters.)
Berlin, 13. Juni. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß sich die Demokratische Partei und ihre Presseorgane lange Zeit hindurch an der wüsten Debe beteiligten, die von sozialdemokratischer und kommunistischer Seite gegen alles Militärische geführt wurde. Gerade demokratische Organe waren lächerlich geführt wurde. Gerade demokratische Organe und Ausges, die nicht genug über militärische Institutionen und Ausdrucksformen des militärischen Lebens hohnen konnten. Um so größer muß das Erstaunen sein, wenn man jetzt in demokratischen Blättern liest, daß nach französischem Vorbild eine Parlamentsöffnung unter Trommelwirbel und gezücktem Säbel vor sich gehen sollte. „Ein Trommelwirbel, wie in der französischen Republik findet dem Deutschen Reichstag das Rollen des Präsidenten. Der Präsident wird nicht, wie im Palais Bourbon, von zwei Offizieren mit gezogenem Säbel bis zur Eingangstür des Sitzungssaales geleitet.“ So schreibt der Bericht der demokratische „Voss. Ztg.“. — Man wird sich wohl fragen müssen, ob diese Nachahmung französischer Vor-

bilder für uns überhaupt angebracht wäre. Interessant ist jedenfalls schon an und für sich die Tatsache, daß die demokratische Presse, die lange Jahre hindurch über unser Militär nicht genug schimpfen konnte, jetzt für den demokratischen und republikanischen Reichstag militärischen Pomp fordert. Bemerkenswert für die ganze demokratische Weltanschauung ist endlich, daß das Vorbild auch hier wieder Frankreich ist.

Deutschnationaler Amnestieantrag.

Berlin, 13. Juni. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat einen Gesetzentwurf über den Erlass aller Strafen eingebracht, die von Gerichten des Reiches und der Länder wegen aus politischen Beweggründen begangener Straftaten verhängt worden sind. Ausgeschlossen sollen Personen bleiben, die wegen Landesverrats oder wegen Verrats militärischer Geheimnisse verurteilt sind, wenn in den Urteilsgründen Eigennutz oder gewinnstüchtige Absichten festzustellen sind. Die Amnestie soll sich auch erstrecken auf alle Beamte des Reiches und der Länder, gegen die wegen aus politischen Beweggründen beruhenden Dienstvergehens ein Disziplinarverfahren durchgeführt oder eingeleitet worden ist.